



## **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung**

### **5. Sitzung (öffentlich)**

21. November 2012

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 16:45 Uhr

Vorsitz: Arndt Klocke (GRÜNE)

Protokoll: Uwe Scheidel

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>5</b>
<b>1 Eckpunkte zu dem Entwurf eines Hochschulzukunftsgesetzes</b>	<b>6</b>
– Aussprache	6
– Ministerin Schulze (MIWF) berichtet	6

- 2 Die Wohnraumsituation der Studierenden und Studienanfänger/innen in NRW** **11**
- Vorlage 16/365
- In Verbindung mit:
- 3 Studentischen Wohnraum fördern – flexible Lösungen gemeinsam erarbeiten**
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/1261
- Aussprache **11**
  - MR Kay Noell (MBWSV) berichtet **14**
- Der Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/1261 wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen das Votum von CDU und FDP bei Enthaltung durch die Fraktion Die Piraten mehrheitlich angenommen.
- 4 Abkommen zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Förderung der Nationalen Kohorte (NaKo)** **16**
- Vorlage gemäß § 10 Abs. 4 der Landeshaushaltsordnung  
Vorlage 16/233
- Ministerin Svenja Schulze (MIWF) berichtet **16**
  - Aussprache **16**
- Der Ausschuss nimmt die Vorlage 16/233 zur Kenntnis.

**5 Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes und des Kunsthochschulgesetzes 18**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/1186

– Ministerin Svenja Schulze (MIWF) berichtet 18

– Aussprache 18

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1186 wird mit dem Votum aller Fraktionen einstimmig angenommen.

**6 Freie Lernmaterialien fördern! 19**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/1253

– Aussprache 19

Der Ausschuss wird sich an einer Expertenanhörung zum Thema des Tagesordnungspunktes im Ausschuss für Schule und Weiterbildung am 13. März 2013 nachrichtlich beteiligen. Anregungen aus dem AIWF sollen über die Obleute im federführenden Ausschuss transportiert werden.

**7 Martin und Metin werden hier gebraucht. Abwanderung von hoch qualifizierten Fachkräften verhindern – Anreize zum Hierbleiben oder zur Rückkehr schaffen 20**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/1276

– Aussprache 20

Der Antrag der Fraktion der CDU 16/1253 wird mit Stimmenmehrheit der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis/Die Grünen und der Fraktion der Piraten gegen das Votum der CDU-Fraktion bei Enthaltung durch die FDP-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

<b>8</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>22</b>
	a) Verfahren zum Gesetzentwurf zur Förderung des Klimaschutzes	22
	b) Auswärtige Sitzungen	22
	c) Ausschussreise	22

\* \* \*

## 5 Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes und des Kunsthochschulgesetzes

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/1186

### Ministerin Svenja Schulze (MIWF) berichtet:

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Ihnen den neuen Abteilungsleiter der Abteilung 4 bei mir im Haus vorzustellen, der für den Bereich „Recht“ und „Internationales“ zuständig ist. Es ist Herr Thomas Grünewald, der heute zum ersten Mal hier im Ausschuss ist. Er wird Ihr neuer Ansprechpartner für den genannten Bereich sein.

Um was geht es in dem Gesetzentwurf? – Wir haben im Ausschuss mehrfach darüber diskutiert, dass jüngere Menschen an die Hochschulen kommen werden. Wir haben es mit den 17-Jährigen zu tun, die über den doppelten Abiturjahrgang an die Hochschulen kommen. Einige Hochschulen haben sich damit beholfen, dass sie von den jungen Leuten bei ihrer Einschreibung Unterschriften verlangt haben, damit sie die Bereiche – zum Beispiel Bibliotheken – nutzen können, die eigentlich für unter-18-Jährige nicht freigegeben sind. Es handelt sich um einen rechtlich etwas unsicheren Raum.

Deswegen die Bitte an das Parlament, ob wir nicht doch noch Rechtssicherheit schaffen können durch eine im Grunde genommen kleine Gesetzesänderung, die den Hochschulen aber gerade für diese 17-Jährigen mehr Rechtssicherheit bieten soll. Das finden Sie mit diesem sehr knappen und kurzen Gesetzentwurf vor.

Auf eine Nachfrage von **Christian Haardt (CDU)** bestätigt **Ministerin Svenja Schulze (MIWF)**, dass die besagten Jugendlichen für ihre Einschreibung auch weiterhin der Zustimmung der Eltern bedürften.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1186 wird mit dem Votum aller Fraktionen einstimmig angenommen.

